

Palästina, die Schweiz muss ihre Verantwortung wahrnehmen

Einer der Gründe für die Fortdauer der israelisch-palästinensischen Konfrontation liegt darin, dass das internationale Recht, das im Rahmen der Vereinten Nationen ausgearbeitet wurde, vor Ort immer noch nicht angewendet wird.

Die Schweiz wird im Mai den Vorsitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen führen. Aufgrund ihres Status als Vorsitzende und ihrer historischen Erfahrung hat sie die Möglichkeit zu handeln.

Das Kollektiv Aktion Palästina Neuenburg hat unter anderem die UNO-Resolutionen 242 (die den Rückzug der israelischen Truppen aus dem Westjordanland, den Golanhöhen, Ostjerusalem und Gaza fordert), 2334 (Stopp aller Siedlungsbauten in gewaltsam eroberten Gebieten) und 194 (Recht auf Rückkehr der von ihrem Land vertriebenen Palästinenserinnen und Palästinenser in ihre Heimat) hervorgehoben, diese und Dutzende anderer Resolutionen blieben auf der Ebene der Absicht und wurden nie umgesetzt.

Angesichts der sich täglich verschlechternden Situation (78 getötete Palästinenser in zweieinhalb Monaten) war das Aktionskollektiv Palästina-NE, das von Parlamentariern des Nationalrats und anderen Schweizer Vereinigungen für Palästina unterstützt wurde, sehr besorgt und lancierte eine Petition, in der gefordert wurde, die UNO-Mitglieder an ihre Verpflichtungen zu erinnern und Gespräche zwischen den Kriegsparteien zu fördern, um dem Frieden in einem Konflikt, der seit über hundert Jahren andauert, eine Chance zu geben.

Diese Petition hat fast 2300 Unterschriften gesammelt und wird am Donnerstag, den 16. März 2023 zuhanden des Bundesrates eingereicht (die Delegation trifft sich um 13 Uhr am Nordeingang des Westgebäudes, gegenüber dem Medienzentrum).

(Üebersetzung DeepL free)